



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Leistungsfähigen ÖPNV garantieren – Sicherstellung eines bayerischen ÖPNV-Rettungsschirms zu 100 Prozent im Jahre 2021

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine neue Richtlinie für den bayerischen ÖPNV-Rettungsschirm dementsprechend auszugestalten, dass der Freistaat Bayern

1. paritätisch den ÖPNV-Rettungsschirm des Bundes aufstockt,
2. den Schadenausgleich für die bayerischen Verkehrsunternehmen bzw. Aufgabenträger von bis zu 100 Prozent übernimmt und
3. somit seinen verkehrsvertraglichen Pflichten nachkommt.

Begründung:

Im Zuge der COVID-19-Pandemie sind die Fahrgeldeinnahmen für die Verkehrsunternehmen aufgrund sinkender Fahrgastzahlen stellenweise zwischen 70 und 90 Prozent eingebrochen. Um die öffentliche Daseinsvorsorge wahrzunehmen und somit ein stabiles Grundangebot sicherzustellen, wurden die Verkehrsangebote im öffentlichen Nahverkehr in Absprache mit dem Freistaat weitgehend aufrechterhalten. Die Mindereinnahmen sollten gemeinsam von Bund und Freistaat ausgeglichen werden. Vorgesehen war laut Aussage seitens Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Kerstin Schreyer vom 16. Juni 2020, die finanzielle Unterstützungsleistung des Bundes unter Auflagen zu verdoppeln. Konträr zu diesen Aussagen und abweichend von den Abstimmungen in der Verkehrsministerkonferenz des Bundes, übernahm der Freistaat im Rahmen des ÖPNV-Rettungsschirms 2020 lediglich bis zu 90 Prozent der Einnahmeverluste und stellte ohne Vorankündigung Landesmittel in Höhe von 255 Mio. Euro statt bis zu 375 Mio. Euro zur Verfügung. Damit hat die Staatsregierung ihre verkehrsvertraglichen Pflichten nicht erfüllt.

Damit auch zukünftig genügend Mittel im ÖPNV für Sicherheit, Sauberkeit und Modernisierung zur Verfügung stehen, soll diesmal sichergestellt werden, dass der Freistaat 100 Prozent der Einnahmeausfälle übernimmt. Denn immerhin haben die Verkehrsunternehmen weitreichende Mehrausgaben für Hygienemaßnahmen zu tragen. Während beispielsweise Nordrhein-Westfalen bereits seine Unterstützung um weitere 278 Mio. Euro zugesagt hat, ist seitens der Staatsregierung nichts zu hören.